Industrialisierung und Arbeiterbewegung in Deutschland vor 1914

von Jürgen Kocka

I.

Das Thema dieses Vormittags ist die Wirkung der Industrialisierung 1848–1914 auf die preußisch-deutsche und auf die polnische Gesellschaft, möglichst im Vergleich. Es gibt mehrere Möglichkeiten, das Thema zur Debatte zu stellen.

Es wäre denkbar und wünschenswert, die Frage zu stellen, ob und ggf. wie sich die Industrialisierung auf die deutsche und auf die polnische Bevölkerung der damaligen preußischen Ostprovinzen verschiedenartig auswirkte und wie sie dazu beitrug, das relative Gewicht, das Zusammenleben und die Spannungen zwischen Deutschen und Polen in diesen Gebieten zu verringern. Um eine solche Frage zu verfolgen, läge es nahe, sich auf eine Region zu konzentrieren, die kräftig industrialisierte und in der Deutsche und Polen zusammenlebten, also vor allem auf Oberschlesien, wo die Industrialisierung im Unterschied zu Posen und Westpreußen seit Mitte des Jahrhunderts rasche Fortschritte machte und im übrigen eine lange Vorgeschichte besaß. Sicherlich wirkte sich die Industrialisierung im Regierungsbezirk Oppeln auf Polen und Preußen – im Durchschnitt gesehen – verschiedenartig aus, schon deshalb, weil bekanntlich die beiden Nationalitäten auf die sozialen Klassen sehr ungleich verteilt waren, die Polen in der Arbeiterschaft und im Kleinbürgertum überwogen, die Deutschen im Bürgertum und in den Herrschaftsschichten – bei einer großen, doppelsprachigen, national ambivalenten Zwischenschicht – und somit die verschiedenartigen Wirkungen der Industrialisierung auf Arbeiterschaft und Bürgertum notwendig das ohnehin bestehende Ungleichheitsverhältnis zwischen den beiden Nationalitäten veränderten, vermutlich stärker ausprägten. Zu fragen wäre grundsätzlich, ob nicht langfristig die Tendenz bestand, daß mit zunehmender Industrialisierung die Klassenloyalität, der sich zweifellos verstärkende Zusammenhalt der Arbeiter als Arbeiter, allmählich die nationalen Unterschiede zwischen ihnen überwölbte, etwas in den Hintergrund drückte und relativierte. Oder ob es sich umgekehrt verhielt und die allmählich zunehmende nationale Mobilisierung der Bevölkerung, die auch die Unterschichten und die Arbeiterschaft nicht ausließ, die ethnisch-nationalen Gräben innerhalb der Industrie- und Bergarbeiterschaft vertiefte und gemeinsame Aktionen auf Klassenbasis erschwerte. Es ist ja bekannt, daß die ethnisch-sprachlich-nationale Heterogenität der oberschlesischen Berg- und Hüttenarbeiter, ihre gemeinsame, schlagkräftige Organisation auf Klassenbasis erschwerte. Andererseits gingen von der national gemischten Situation auch Verschärfungen der Klassenlinie aus, eben dadurch, daß die meisten Unternehmer und Vorgesetzten deutsch oder germanisiert, dagegen im Bergbau die Mehrheit, im Hüttenwesen etwa die Hälfte der Arbeiter polnisch waren; die Klassenlinie erfuhr gewissermaßen eine nationale, oft auch eine konfessionelle Überlagerung, die sie besonders erfahrbar und drückend gemacht haben dürfte. Diese Fragen können hier nicht weiter verfolgt werden.

Man könnte das Thema auch anders auffassen, auf Preußen insgesamt blicken und fragen, wie sich das Kräfteverhältnis, die sozialen Ungleichheiten und die Beziehungen zwischen der polnischen Minderheit und der deutschen Mehrheit verschoben. Sicherlich war die Verschärfung des Nationalitätenkampfes in Posen, Westpreußen und Oberschlesien

primär eine Konsequenz des sich machtvoll entfaltenden Nationalstaatsprinzips und teilweise eine Konsequenz der Art, wie dieser Nationalstaat durchgesetzt wurde: spät, mit Wendung gegen ausgewählte Außenseitergruppen im Innern, ohne starke liberale Binnenstruktur. Aber man sollte auch fragen, ob die Industrialisierung nicht indirekt einen Beitrag zur Verschärfung dieses Nationalitätenkampfes geleistet hat, etwa indem sie – über den Ausbau des Bildungswesens, die Verstädterung und die Herstellung neuer Kommunikationsmöglichkeiten – Voraussetzungen für die Politisierung der Unterschichten schuf, die damit erst allmählich für die nationale Sache gewonnen und für nationalistisch-demagogische Mobilisierungs- und Herrschaftsstrategien anfällig wurden – auf beiden Seiten. Wenn man nach dem Einfluß der Industrialisierung auf das Verhältnis von deutscher Mehrheit und polnischer Minderheit in Preußen fragt, wird man des weiteren bedenken müssen, daß die regionale Ungleichheit innerhalb Preußens wie innerhalb Deutschlands im Laufe der Industrialisierung nicht abnahm sondern eher ein wenig zunahm. Was Industrialisierungsgrad, Wohlstand, Steueraufkommen, Arztdichte und dergleichen angeht, blieb das Gefälle zwischen den weniger entwickelten, weniger gut ausgestatteten Ostprovinzen, wo die meisten Polen lebten, und den Westprovinzen bzw. Berlin-Brandenburg sehr ausgeprägt und nahm sogar zu, wenn auch insgesamt auf allmählich steigendem Niveau. Mit diesem West-Ost-Gefälle hingen letztlich auch die industrialisierungsbedingten Wanderungen und Bevölkerungsverschiebungen zusammen, so die Zunahme des ohnehin die Mehrheit ausmachenden polnischen Bevölkerungsanteils in der nur langsam industrialisierenden Provinz Posen und die Ost-West-Fernwanderung, mit der auch viele Polen ins Ruhrgebiet kamen, dort zur Industrialisierung beitrugen und spannungsreich, aber auf die Dauer sich assimilierend, mit der deutschen Mehrheit zusammenlebten. Am Beispiel des Ruhrgebiets läßt sich der Einfluß der Industrialisierung auf eine deutsche und eine – allerdings zugewanderte – polnische Gesellschaft ebenfalls studieren. Dabei entdeckt man die Industrialisierung als Basis eines langfristig wirkenden Assimilationsprozesses, in dem die Spannungen zwischen den Nationalitäten allmählich abnahmen, aber um den Preis der fast völligen Angleichung der Minderheit. Auch diesen Fragen kann hier nicht weiter nachgegangen werden.

Schließlich gibt es einen dritten Zugang zum Thema des heutigen Vormittags. Man kann versuchen, gewissermaßen aus der Vogelperspektive, gesellschaftliche Wirkungen der Industrialisierung in Preußen-Deutschland zu beschreiben und sie mit gesellschaftlichen Wirkungen der Industrialisierung in Polen zu kontrastieren, wobei sicherlich die Industrialisierung in Kongreß-Polen, im Königreich Polen, im russisch beherrschten Teil Polens besonders zu betrachten sein würde, aber die anderen langsamer industrialisierenden Teilgebiete nicht ganz ausgeblendet werden dürften. Zu fragen wäre dann nach den sozialgeschichtlichen Ähnlichkeiten und Unterschieden im preußisch-deutschen Industrialisierungsprozeß und im polnischen Industrialisierungsprozeß, wobei natürlich zu diskutieren bleibt und umstritten ist, ob man trotz regionaler Vielfalt überhaupt von einem deutschen Industrialisierungsprozeß sprechen kann und ob man trotz der Aufteilung auf drei politische Herrschaftsgebiete von *einer* polnischen Industrialisierung ausgehen darf. Ich möchte auf dieser Argumentationsebene im folgenden bleiben, werde aber, schon aus Gründen der Kompetenz, mich auf die Diskussion einiger sozialgeschichtlicher Wirkungen der preußischen bzw. der preußisch-deutschen Industrialisierung konzentrieren, in der Hoffnung, daß unter Hinzunahme des Referats von Herrn Kollegen Wajda einige Vergleiche in der Diskussion angestellt werden können. Solche Vergleiche könnten umso fruchtbarer sein, als in der Regel von deutschen Historikern deutsche Entwicklungen eher mit westeuropäischen Parallelerscheinungen verglichen werden. Die Einbeziehung osteuropäischer Vergleichsobjekte könnte die Diskussion um den sog. deutschen Sonderweg erheblich bereichern und verändern.

Nun sind die Wirkungen der Industrialisierung auf die von ihr betroffenen Gesellschaften ungemein vielfältig. Es gibt ja kaum einen Lebensbereich, der von der Industrialisierung nicht beeinflußt und verändert worden ist, von den Arbeitsverhältnissen über die Struktur der Familie und das Verhältnis der sozialen Klassen und Gruppen zueinander bis hin zu Politik und Kunst. Nicht zufällig haben manche Historiker (z. B. Cipolla) die Industrialisierung als den tiefsten Einschnitt in der Menschheitsgeschichte seit dem Seßhaftwerden im Neolithikum bezeichnet. In einem kurzen Vortrag muß man auswählen. Ich will im folgenden nur solche sozialgeschichtlichen Wirkungen oder Aspekte der Industrialisierung besprechen, die ihrerseits zugleich Bedingungen und Prägefaktoren der Arbeiterbewegung gewesen sind – dem Gesamtthema unserer Tagung entsprechend. Und unter diesen wähle ich nur einige aus, nämlich solche, die mir forschungsmäßig besonders interessant zu sein scheinen. Ich beschränke mich auf Grundlinien und bitte um Verständnis dafür, daß die an sich wünschenswerte Feindifferenzierung unterbleibt. Der Fluchtpunkt der Gedankenführung ist die deutsche Arbeiterbewegung von den 1840er Jahren bis 1914, vor allem ihre frühe Phase.

II.

Unter diesem Gesichtspunkt ist ein Moment entscheidend, das in der westlichen *wirtschafts*geschichtlichen Industrialisierungsdiskussion oft zu wenig betont oder auch für selbstverständlich gehalten wird, nämlich, daß sich die deutsche Industrialisierung wie alle anderen Industrialisierungen des 19. Jahrhunderts in *kapitalistischer* Form durchsetzte. Dies bedeutet u. a., daß ein wachsender Anteil der überhaupt geleisteten Arbeit als *Lohnarbeit*, wie von Marx definiert, geleistet wurde, als unselbständige Arbeit in Abhängigkeit vom *Markt* und seinen Mechanismen, zugleich aber in Abhängigkeit von Kapitalbesitzern bzw. ihren Beauftragten, den Unternehmern und Managern. Lohnarbeit hatte es natürlich lange vor der Industrialisierung gegeben, bei den städtischen und ländlichen Tagelöhnern, bei Transportarbeitern und bei den unzünftigen Gesellen in größeren Betrieben, auch in vielen Manufakturen; aber auf breiter Front setzte sich das Lohnarbeitsverhältnis erst mit der kapitalistischen Industrialisierung durch, wenn auch langsam, in interessanten Mischungen und Übergangsformen, ungleichmäßig und in Schüben. Solche Schübe resultierten zum einen aus rechtlichen Reformen, so in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, und dann in den 1860er Jahren, die die vor allem außerhalb Preußens bis dahin noch kräftig weiterlebenden zünftigen Beschränkungen der formal freien Lohnarbeit ausräumten. Zum anderen machte die Herausbildung von Lohnarbeit Fortschritte als Folge der Herausbildung überlokaler Arbeitsmärkte, die sich im Prinzip über Arbeitsnachweise, Inserate und Wanderungsmuster gesondert studieren lassen. Und auch die Umwandlung von Natural- in Geldentlohnung, etwa wenn der Geselle „Kost und Logis" beim Meister verließ und damit stärker vom Geldlohn abhängig wurde, zeigt die fortschreitende Durchsetzung von Lohnarbeit an. Dasselbe gilt für die statistisch nur schwer genau zu bestimmende allmähliche Verschiebung von der Arbeit mit eigenen Werkzeugen und Rohstoffen für eigene Rechnung hin zur Arbeit mit fremden Produktionsmitteln auf Rechnung eines anderen.

Am reinsten bildete sich Lohnarbeit in den Fabriken heraus und – vor allem seit dem Rückzug des Staates aus der Leitung der Bergwerke – unter den Bergarbeitern. Aber zur Zeit der Entstehung der Arbeiterbewegung (von den 1840er bis in die 1870er Jahre) stellten die gelernten und ungelernten Fabrik- und Bergarbeiter nur eine Minderheit in der gewerblichen Arbeiterschaft dar, in Preußen 1861 etwas mehr als 500 000, ca. 7 % der Er-

werbstätigen. Ungefähr ebenso zahlreich waren die kleinbetrieblich arbeitenden Handwerksgesellen. Ihr Status näherte sich dem Typus des Lohnarbeiters immer mehr, am stärksten und frühesten im Baugewerbe und im graphischen Gewerbe, sehr langsam im Nahrungsmittelgewerbe, mit vielen Unterschieden von Beruf zu Beruf, von Ort zu Ort, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Neben Fabrikarbeitern und Handwerksgesellen wird man drittens die in sich vielfältige Heimarbeiterschaft unterscheiden – in den 1860er Jahren noch gleich zahlreich wie die Handwerksgesellen oder Fabrikarbeiter. In der Heimarbeiterschaft existierten wohl Ansätze des Lohnarbeiterverhältnisses – Heimarbeiter waren nämlich stark markt- und kapitalabhängig (vom Verleger, vom Kaufmann oder von der sie beschäftigenden Fabrik) –, aber meist besaßen sie die Werkzeuge, die sie benutzten, und sie arbeiteten in eigenen oder gepachteten Räumen, ohne direkte Kontrolle durch Unternehmer und Vorgesetzte, und das unterschied sie vom reinen Typus des Lohnarbeiters. Überhaupt sind es lange die Mischungsverhältnisse, die zahlenmäßig vorherrschten, die das besondere Interesse des Historikers verdienen, auch weil sie für das Verständnis der Arbeiterbewegung zentral sind: der noch teilweise in den Meisterhaushalt integrierte, auf spätere Selbständigkeit hoffende, aber zeitweise schon Lohnarbeit verrichtende Tischlergeselle, im Wechsel zwischen Handwerksbetrieb und größerer Werkstatt; der Bergarbeiter, dessen Familie zugleich einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb hatte usw. Aber in der langen Zeitperspektive ist der Trend klar: Mit der Industrialisierung wird die Lohnarbeit zum allgemeinen Phänomen und damit das Spannungsverhältnis zwischen Arbeit und Kapital in seiner doppelten Form: als Verteilungskonflikt und als Herrschaftskonflikt, denn der Unternehmer/Arbeitgeber stand dem Lohnarbeiter ja nicht nur als Käufer seiner Arbeitskraft gegenüber, sondern auch als Anordnungen gebender, Gehorsam beanspruchender Vorgesetzter.

Es entspricht nicht nur der Marxschen Analyse, sondern auch dem in vielen programmatischen Aussagen und Agitationsreden zum Ausdruck kommenden Selbstverständnis der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts, diesen industrialisierungsbedingten Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital als die zentrale Voraussetzung und den zentralen Motor der Arbeiterbewegung anzunehmen. Über das Selbstverständnis und die Motorik der Arbeiterbewegung hinaus sprechen viele empirische Befunde für die Richtigkeit dieser Annahme. Dafür spricht zum einen die Tatsache, daß in Bereichen, in denen sich Lohnarbeit besonders langsam und unvollkommen durchsetzte – beim Gesinde, bei den landwirtschaftlichen Arbeitern und in bestimmten Handwerksberufen, z. B. im Nahrungsmittelgewerbe – die Arbeiterbewegung trotz entsprechender Anstrengungen kaum Fuß zu fassen vermochte; daß sie *langfristig* vor allem dort Fuß fassen konnte, wo sich das Lohnarbeitsverhältnis besonders klar und rein herausschälte, nämlich in den Fabriken (allerdings erst im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert und selbst dann nur langsam, weil die Unternehmer gerade in der großbetrieblichen Industrie bis 1914 oft mächtig genug waren, Gewerkschaften zu verhindern). Dafür spricht andererseits, daß die Arbeiterbewegung mittelfristig zu einer *Lohn*arbeiterbewegung wurde. Es ist interessant zu beobachten, daß und warum auch in kleinbetrieblich strukturierten Branchen die kleinen Meister, die ja nach Lebensstandard, Arbeitserfahrung, Herkunft und Lebensweisen den Gesellen-Arbeitern oft außerordentlich glichen, trotzdem aus den Gewerkschaften und Aktionen, denen sie Anfangs oft angehörten, allmählich ausschieden oder herausgedrängt wurden – oft anläßlich von Streiks. Der Bodenverlust genossenschaftlicher Ziele in den Gewerkschaften der 70er Jahre reflektierte diesen allerdings nur allmählichen Trennungsprozeß zwischen Arbeitern und Handwerkern, in dessen Verlauf sich die Arbeiterbewegung als tendenziell reine Lohnarbeiterbewegung herausbildete. Und schließlich ist auf die dominierenden Streitfragen zu verweisen, um die es in den Arbeitskonflikten geht. Beim Streit um Löhne und Arbeitszeit, Lohnformen und Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse – das waren

schon in den 70er Jahren eindeutig die vorherrschenden Streikinhalte – ging es ja letztlich um Aspekte jenes Verteilungs- und Herrschaftskonflikts, der dem Lohnarbeitsverhältnis immanent ist.

III.

Aber es wäre einseitig, nur den Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital als Bedingung und Motor der Arbeiterbewegung zu verstehen, wie es in der Tradition marxistischer Ansätze und dem vorherrschenden Selbstverständnis der Arbeiterbewegung gemäß häufig geschieht. Es gab andere gesellschaftliche Wirkungen der Industrialisierung, die man in Rechnung stellen muß, wenn man die Entstehung der Arbeiterbewegung verstehen will.

Erstens ist zu bedenken, daß die Industrialisierung in vielen Hinsichten auch einen Prozeß der Zerstörung darstellte. Sie setzte sich nur gegen Widerstände durch, gegen Widerstände in den alten Herrschaftsschichten und in den handwerklich-bäuerlichen Mittelschichten; sie wurde von Minderheiten, von dynamischen Unternehmern und – in zweiter Linie – von reformorientierten Beamten gegen die zögernde, skeptische, z. T. feindliche Haltung der Mehrheit durchgesetzt. Es scheint mir sehr fraglich, ob sie in Gang gesetzt worden wäre, hätte es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts schon eine funktionierende Demokratie gegeben und wären die vielen zur Industrialisierung führenden Entscheidungen Resultat *politischer* Entscheidungsprozesse gewesen – was bekanntlich nicht der Fall war.

Im Zusammenhang dieses Referats interessiert besonders, daß die kapitalistische Industrialisierung die Arbeitsweise, die Normen, die Lebensweise des herkömmlichen Handwerks in Frage stellte, dieses bedrohte und entweder zu oft schmerzhafter Anpassung zwang oder vernichtete. Zu denken ist einerseits an marktwirtschaftliches Konkurrenzverhalten, an das ökonomische Kalkül, an den Preismechanismus nach Angebot und Nachfrage, an die Verselbständigung eines sich nach eigenen Regeln steuernden Wirtschaftsbereichs. Diese Veränderungen standen im Gegensatz zu den Vorstellungen von ehrbarer Arbeit, in Spannung zu den nicht nur ökonomischen Regeln, nach denen das zünftige Handwerk funktioniert hatte, zur „moral economy", wie sie durch E. P. Thompsons Forschungen zur englichen Arbeitergeschichte bekanntgemacht worden ist, aber auch in der älteren deutschen Handwerkergeschichte mit anderen Worten ausführlich behandelt worden ist. Zu denken ist weiter an die fortschreitende Arbeitsteilung in Gewerbe und Industrie, die den Arbeitsgewohnheiten und dem Arbeitsstolz von Meistern und Gesellen widersprach. Diese wechselten, wie vielfältig bezeugt, oft nur ungern in die entstehenden, besser bezahlenden Fabriken über, aus vielen Gründen, aber auch deshalb, weil sie die arbeitsteilige, zunehmend dann auch noch mechanisierte Produktion, die Arbeit zusammen mit Ungelernten, vielleicht sogar Frauen, als Verstoß gegen ihre Ehre, als Infragestellung ihrer Normen und somit auch als moralisches Problem erfuhren. Die Zeitdisziplin war ihnen nicht nur unangenehm, sie widersprach auch handwerklichen Sitten wie dem „Blauen Montag", der denn auch trotz aller Verbote und Disziplinierungsmaßnahmen gerade bei gelernten Arbeitern für Jahrzehnte weiterlebte, aber nicht ohne scharfe Konflikte.

Dies mag genügen, um anzudeuten, was gemeint ist: Vor allem in den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung kam es zu einem konfliktreichen Zusammenprall zwischen einer festverwurzelten älteren gewerblichen Arbeits- und Lebenswelt mit stark ständisch-traditionalen Komponenten einerseits und der neuen Welt der Industrialisierung mit dem Marktmechanismus und der Arbeitsteilung als zentralen Momenten. In den Unzufrieden-

heiten, Enttäuschungen und Protesten der Handwerksgesellen, die bekanntlich den überwiegenden Anteil an den Arbeiterbewegungen der frühen Zeit, zumindest bis in die 1870er Jahre stellten, kam dieser Zusammenprall zwischen Altem und Neuem, diese Ablehnung eines sie bedrohenden Neuen mindestens ebenso zum Ausdruck wie der Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen Arbeit und Kapital. Wie durch neuere Forschungen immer klarer wird, mußte sich dieser „Anti-Modernisierungs-Protest" der Handwerker nicht in zünftig-restaurativen mittelständisch-antikapitalistischen Petitionen und Bewegungen äußern; er konnte auch die Form religiöser, utopisch-kommunistischer oder demokratisch-sozialistischer Kapitalismuskritik annehmen, wie in der „Allgemeinen Arbeiterverbrüderung" von 1848 oder in manchen Gewerkschaften und in den Arbeiterparteien der 60er und frühen 70er Jahre. Im Genossenschaftsgedanken trafen sich ständisch-traditionale mit egalitär-sozialistischen Zielsetzungen. Es bestand insofern eine ausgeprägte Kontinuität zwischen den in Frage gestellten Handwerkstraditionen und der frühen Arbeiterbewegung – in Frankreich und Deutschland, vielleicht auch in Polen? –, und daraus erklärt sich mit, warum Handwerksgesellen in der frühen Arbeiterbewegung so tonangebend waren. Zumindest die frühe Arbeiterbewegung war insofern, entgegen ihrem vorherrschenden Selbstverständnis und in Abweichung zur herrschenden Sichtweise in der Forschung, auch ein Stück Protest gegen die kapitalistisch-industrielle Modernisierung, nicht nur eine Protest- und Emanzipationsbewegung von Lohnarbeit gegen Kapital.

Ich möchte eine *zweite* Einschränkung der Sichtweise, die die Arbeiterbewegung primär aus dem Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital resultieren sieht, andeuten: Man sollte die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts nicht zu ausschließlich als Kind von Konflikten begreifen. Natürlich war das, wie schon gesagt, ein zentrales Moment: Frühe Gewerkschaften gingen auf lokaler Ebene oft aus Streiks um Lohn und Arbeitszeit hervor, um die Ergebnisse zu sichern, spätere Streiks zu leiten und, wie sich zeigte, bald auch zu bremsen. Die Arbeiterparteien entstanden, indem sie für etwas kämpften. Die Gesellen petitionierten, streikten und versammelten sich im Konflikt mit Entwicklungen, gegen die sie sich zur Wehr setzten.

Aber man muß auch sehen, daß der Zusammenschluß von Berufsgenossen zur Erfüllung gemeinsamer Bedürfnisse, zur Sicherung gegen Risiken mit Hilfe von Kassen und zu geselligen Zwecken eine alte Tradition hat, insbesondere, aber nicht nur, im Handwerk, daß der genossenschaftliche Zusammenschluß den Gesellen und Arbeitern, wenn er nicht durch Koalitionsverbote der staatlichen Macht erschwert wurde, etwas Selbstverständliches war. *Insofern* ist das Nicht-Entstehen von Arbeiterorganisationen erklärungsbedürftiger als ihre Entstehung. Die riesengroße Rolle des Kassenwesens in der frühen Arbeiterbewegung erklärt sich so; nur die Gewerkschaften, die dies berücksichtigten, erwiesen sich als stabil. Daß die Eisenacher dies früher begriffen als der ADAV, machte eine ihrer Stärken aus. Und die große Rolle von gesellig-kulturellen Aktivitäten und Bildungsveranstaltungen in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts ist ähnlich zu erklären, nicht *nur* als Reaktion auf Ausgrenzung seitens der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn man diesem Gedankengang folgt, rücken wiederum ältere Handwerkertraditionen und jüngere Arbeiterbewegung enger zusammen – das entspricht dem Trend der westeuropäischen Forschung. Wie ist es in Polen?

Wenn man so argumentiert, verliert die Industrialisierung ein wenig von ihrem tiefen Einschnittscharakter. Das bedeutet aber nicht, das Neue an Industrialisierung und Arbeiterbewegung zu leugnen. Neu war zum Beispiel, daß die genossenschaftliche Selbstorganisation der Gesellen und Arbeiter allmählich – sehr allmählich – Berufsgrenzen überschritt und zu einer berufsübergreifenden Arbeiterbewegung wurde. Dies – der einzelne Berufe übergreifende, Arbeiter als Arbeiter ansprechende Charakter der Arbeiterbewegung – läßt sich in der Tat nicht ohne Verweis auf den immer stärker prägenden Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital erklären, der offenbar über berufliche Differenzierungen hinweg für die damals Lebenden ein Erfahrungsbestand wurde.

IV.

Wir kommen nun zu einer weiteren zentralen sozialen Folge der Industrialisierung und ihrer Bedeutung für die entstehende Arbeiterbewegung. Die Industrialisierung stellte einen enormen, nur noch kurzfristig durch Krisen und Kriege unterbrochenen *Wachstums*prozeß dar, der in der Geschichte vor der Industrialisierung keinen Vorläufer hatte. Nach groben Schätzungen war in Deutschland das Sozialprodukt 1913 ungefähr dreimal so hoch wie 1850, obwohl sich gleichzeitig die Bevölkerung beschleunigt vermehrte und im selben Zeitraum etwa verdoppelte.

Ein wachsendes Sozialprodukt pro Kopf bedeutet nicht notwendig wachsende Löhne. Denn der Zuwachs wird ungleich verteilt, z. T. investiert. Doch war das Wachstum insgesamt so schnell, daß es bald nach dem Durchbruch der Industrialisierung auch auf die Einkommen der Arbeiter durchschlug und ihren Lebensstandard allmählich hob. Der Höhepunkt der Massenarmut wurde in den 1840er Jahren erreicht. Die große Not jener Jahre war nicht primär eine Folge der Industrialisierung, sondern eher eine Folge des lange vor der Industrialisierung beschleunigten Bevölkerungswachstums, dem bis zur Industrialisierung keine gleich schnelle Vermehrung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten parallel lief. Allerdings wurde dieser „Pauperismus" durch erste Auswirkungen der Industrialisierung verschärft, durch die Konkurrenz maschinell hergestellter Produkte, die Heimarbeitern das Brot nahm, vor allem seit 1850 durch verschlechterte Wohn- und Lebensbedingungen in den industrialisierenden Städten, deren Einrichtungen für die schnell zuströmende Arbeitsbevölkerung nicht ausreichten, auch wohl durch extrem lange Arbeitszeiten und härteste Arbeitsbedingungen in der frühindustriellen Fabrik. Doch seit den 1860er Jahren stiegen die durchschnittlichen Reallöhne der Arbeiter allmählich an, und dieser Anstieg setzte sich, mit Unterbrechung in den 1870er Jahren, bis 1914 fort, trotz allmählichen Rückgangs der Arbeitszeit, ebenfalls seit den 60er Jahren. Natürlich enthalten solche Reallohn- und Durchschnittsberechnungen große methodische Probleme, u. a. wegen unregelmäßiger Beschäftigung, lebenszyklischen Schwankungen, der Problematik des Familieneinkommens und weil Naturaleinkommen und teilweise Selbstversorgung, etwa durch landwirtschaftliche Nebenbetriebe weiterhin keine Seltenheit darstellte. Lohnunterschiede waren riesig und nahmen im Laufe des Jahrhunderts nur langsam ab. In Nürnberg verdiente ein Kürschnergeselle 1851 im Jahresdurchschnitt 450 Mark, ein Feilenhauer nur 260 Mark, ein männlicher Fabrikarbeiter im Maschinenbau 490 Mark, ein männlicher Tabakarbeiter kaum mehr als 300 Mark. Im Stahlwerk des Bochumer Vereins betrug 1878 der Schichtlohn des Wagenschmierers 1,30 Mark, der des Schneiders 3,40 Mark und der des Kalk- und Eisensteinschlägers 4,00 Mark. 1907 erzielten 44 % der Bochumer Arbeiterfamilien ein Jahreseinkommen zwischen 600 und 1000 Mark, 33 % zwischen 1000 und 1500 Mark, 15 % zwischen 1500 und 2000 Mark und 8 % zwischen 2000 und 3000 Mark. Das waren riesige Unterschiede. Aber insgesamt nahm der Arbeiter-Nominalverdienst im Reichsdurchschnitt von knapp über 300 Mark 1850 auf knapp über 1000 Mark 1913 zu, und der Reallohnverdienst wuchs im selben Zeitraum um 80–90 %, verdoppelte sich also beinahe. Der Trend ist eindeutig und wird auch durch die sich verändernde Zusammensetzung der Haushaltsbudgets von Arbeiterfamilien bestätigt.

In populären Darstellungen werden häufig Elend und Armut der Arbeiter betont, um zu erklären, warum sie protestierten und sich zusammenschlossen, warum eine Arbeiterbewegung entstand. Darin ist sicher manches Richtige. Trotz aller Verbesserung gehörten selbst die bessergestellten Lohnarbeiter nicht zu den Wohlhabenden. Insbesondere wenn mehrere Kinder zu ernähren waren, konnte auch die Familie des gelernten Arbeiters in der Regel nicht auf die Mitarbeit der Frau (wenn auch selten als Fabrikarbeiterin) verzichten. Bei Unfall und Krankheit drohte weiterhin Not – hier schuf erst die Bismarcksche Sozialversicherung eine erste, zunächst sehr gering bleibende Absicherung. Altersarmut setzte früh ein, ab 40 ging es abwärts, wenn auch die Beiträge der heranwachsenden Kinder zum Familieneinkommen diesen Abstieg verzögern und abschwächen konnten. Markt- und Konjunkturabhängigkeit war ausgeprägt, Unsicherheit bedrückte oft mehr als die Not an sich. Die Erfahrung tatsächlicher und drohender Armut gehört bis weit in das 20. Jahrhundert hinein zu den zentralen Bestandteilen proletarischer Existenz. Diese Erfahrung dürfte Arbeiter über Berufs-, Qualifikations- und Branchengrenzen hinweg verbunden, vom Kleinbürgertum und „denen da oben" abgegrenzt und einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung eines berufsübergreifenden Klassenbewußtseins geleistet haben.

Doch der Zusammenhang zwischen Armut und Arbeiterbewegung ist viel komplizierter. Die deutsche Arbeiterbewegung kam erst richtig in Schwung, als der Tiefpunkt der Not überwunden war und die Einkommen zu steigen begonnen hatten: seit den 60er Jahren. Die deutsche Arbeiterbewegung war nie eine Bewegung der allerärmsten, sondern vor allem bis 1914 eine Bewegung der qualifizierteren, besser gestellten Arbeiter. Von den Allerärmsten, den Wanderarmen und anderen subproletarischen Gruppen grenzte sich der klassenbewußte Arbeiter, so scheint es, nicht ohne Stolz ab („Lumpenproletariat"). Schon in der ersten großen Streikwelle, in den Gründerjahren seit 1870, spiegelten die Forderungen der streikenden Arbeiter ein gestiegenes Anspruchsniveau: mehr Lohn, weniger Arbeitszeit vor allem. Es ging um die Gewinnung neuer Rechte, nicht nur um die Verteidigung der alten. Darin unterschieden sich die Streiks der industriellen Revolution jedenfalls teilweise von den Handwerksgesellenprotesten des späten 18. Jahrhunderts. Die Streikenden hatten beobachtet, daß sich die Verhältnisse verändern und die materielle Lage zum Besseren wenden ließ, man wollte seinen Teil am durchaus erfahrbaren Fortschritt. Die Erfahrung lange andauernder Not dürfte dagegen eher lähmend gewirkt haben.

Auch in anderen Beziehungen setzte die entstehende Arbeiterbewegung das industrielle Wachstum voraus. Dieses reduzierte nämlich durch Nachfrage nach Arbeitskräften die „industrielle Reservearmee" und vergrößerte damit die Handlungsspielräume der entstehenden Arbeiterbewegung. Auch setzte die Mitarbeit in den Arbeiterorganisationen eine gewisse Freisetzung vom ärgsten materiellen Zwang voraus. Denn die Mitgliedschaft kostete den einzelnen Arbeiter Zeit und auch ein wenig Geld. Ein wenn auch kleiner Überschuß über das Allernötigste mußte vorhanden sein. Schließlich beschleunigte die Industrialisierung den Ausbau des öffentlichen Schulwesens und den Abbau des Analphabetentums. Bildung machte die Mitarbeit in Arbeiterorganisationen wahrscheinlicher. Im ganzen war die Arbeiterbewegung kein Produkt der Verelendung, sondern ein Kind des industrialisierungsbedingten Wachstums. Im Grunde ist sie das bis heute. Jede Umstellung wäre schwierig.

Aber eine wichtige Einschränkung muß man anfügen. Trotz aller merklichen Verbesserungen insgesamt brachte die Industrialisierung zugleich eine Verschärfung der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten. Der industrialisierungsbedingte Zuwachs an Einkommen und Lebenschancen wurde sehr ungleich verteilt. Hartmut Kaelble hat die einschlägigen jüngeren Forschungen zu diesem Thema zusammengefaßt. Die meisten Studien zeigen, daß die Einkommen und Vermögen um 1900 ungleicher verteilt waren als um

1850. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts stabilisierte sich die Ungleichheit auf diesem Gebiet und nahm sogar ein wenig ab, vielleicht Dank beginnender sozialstaatlicher Maßnahmen, wohl auch Dank gewerkschaftlichen Drucks. In den Städten war die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen ausgeprägter als auf dem Lande – und die Verstädterung nahm mit der Industrialisierung bekanntlich zu. Manche Studien zeigen zunehmende Ungleichheiten in den Wohnverhältnissen, die sich ohnehin erst seit Ende des 19. Jahrhunderts für die Masse der arbeitenden Bevölkerung ganz allmählich zu bessern begann. Und wie der Berliner Historiker Imhof herausgearbeitet hat, nahm die Ungleichheit der Überlebenschancen, die Ungleichheit der Menschen in Bezug auf Gesundheit, Krankheit und Tod im ersten halben Jahrhundert der Industrialisierung, d. h. für zwei Generationen, zu. Damit ist nicht ein Rückgang der Lebenserwartung in der Arbeiterschaft gemeint, obwohl auch dieser kurzfristig in der ersten Industrialisierungsphase, in einigen Städten, beobachtet worden ist und überhaupt bis in die 1890er Jahre die Sterblichkeit in den industriellen Städten höher lag als auf dem Lande. Gemeint ist vielmehr, daß für einige Jahrzehnte, besonders zwischen 1860 und 1880, die hygienischen und medizinischen Fortschritte vor allem und fast ausschließlich der Mittel- und Oberschicht zugute kamen und deshalb die Ungleichheit wuchs, bis etwa seit 1900 die Unterschicht aufzuholen begann, insofern die Ungleichheit kräftig abnahm und die Stadt das Land in dieser Hinsicht überholte.

Das die verschiedensten Aspekte von Ungleichheit von den „have-nots" beobachtet und erfahren wurden, ist nachweisbar. Ob auch die Verschärfung der Ungleichheit erfahren und beobachtet wurde, ist unklar. Daß der Protest gegen Ungleichheit zu den Energien gehört, die die Arbeiterbewegung antrieben, ist im Grundsatz ziemlich klar, im einzelnen aber nicht erforscht. Schließlich muß man bedenken, daß es gegenläufige Erfahrungen gab, die ausgleichend wirkten: die Erfahrung, daß es allmählich aufwärts ging und auch die Erfahrung, daß es individuelle Aufstiegsmöglichkeiten gab, vor allem für die eigenen Kinder. Die Aufstiegsmöglichkeit nahm mit dem Wechsel vom Land zur Stadt und mit der Industrialisierung bis dahin ländlicher Orte zu.

V.

Eigentlich müßten jetzt weitere soziale Industrialisierungsfolgen diskutiert und gefragt werden, was sie für die entstehende Arbeiterbewegung bedeuteten. So wäre vor allem auf die allgemeine Verstädterung oder Urbanisierung seit ca. 1850 einzugehen, der primär die industrialisierungsbedingte Land-Stadt-Wanderung zu Grunde lag und die zunächst als Nahwanderung, seit den 1870er Jahren zunehmend und bald vornehmlich als Fernwanderung vonstatten ging. Jedenfalls in den ersten Jahrzehnten war die Arbeiterbewegung ganz eindeutig eine städtische Bewegung. Wir haben in Bielefeld einige hundert Führer und Funktionäre der Arbeiterbewegung der 60er und frühen 70er Jahre untersucht, Gewerkschaftler und bekannte Vertreter der Arbeiterparteien. Sie wurden nach der Größe ihres Hauptwirkungsortes kategorisiert. Fast die Hälfte wirkte in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern, weniger als 10 % in Städten und Orten unter 10 000 Einwohnern. Wie wichtig die Wanderungsmobilität für die entstehende Arbeiterentwicklung war, läßt sich schon daran zeigen, daß nur bei etwa jedem fünften der so identifizierbaren Arbeiterführer Hauptwirkungsort und Geburtsort identisch waren. 80 %, in Preußen sogar 90 % dieser Männer waren zugewandert, in der Regel weit: von einer preußischen Provinz zur anderen, von einem deutschen Staat in den anderen. Meistens übrigens kamen sie aus Städten, waren sie in Städten geboren. Arbeiterführer ländlicher Herkunft, aus Orten mit weniger als 2000 Einwohnern, stellten nur etwa 25 %. Noch viel geringer war der Anteil der Arbei-

terführer, die aus landwirtschaftlich tätigen Familien kamen, von Bauern, Kleinbauern und Knechten abstammten: nur etwa 7%.

Natürlich beziehen sich diese Zahlen nur auf die Aktivsten. Wenn sie cum grano salis auch für die einfachen Mitglieder der Arbeiterorganisationen und SPD-Wähler zuträfen, was zu vermuten steht, verwiese dies auf einen interessanten Problemkomplex. Es ist sehr zu betonen, daß nicht nur der Industrialisierungsprozeß sondern auch die Land-Stadt-Wanderung, also die Verstädterung, in Deutschland viel schneller verlief als in Frankreich und England. In England war der Anteil der städtischen Bevölkerung und erst recht der Anteil der nicht primär landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung schon zu Beginn der Industrialisierung deutlich höher als in Deutschland. Daraus folgt mit großer Wahrscheinlichkeit, daß die Rekrutierung der ersten Industriearbeitergeneration in Deutschland in einem höheren Ausmaß aus ländlichen und auch aus landwirtschaftlichen Milieus erfolgte als in England. Was diese stärker ländliche bzw. landwirtschaftliche Prägung der entstehenden Arbeiterklasse alles bedeutete, ist noch nicht ganz klar. Sicher war sie wichtig. Die Erfolgschancen der frühen Arbeiterbewegung wurden durch dieses hohe Ausmaß rapider Land-Stadt-Verschiebungen wahrscheinlich erschwerkt.

Andere Industriealisierungsfolgen wären zu nennen, etwa, daß es auch für handarbeitende Unterschichten, Gesellen und Arbeiter immer normaler wurde, zu heiraten und Familie zu haben, während zum vorindustriellen Unterschichtenstatus in der Regel Familienlosigkeit gehörte. 1849 waren in Leipzig 39% der Schustergehilfen verheiratet, 1875 schon mehr als zwei Drittel; 1849 waren dort 38% der Fabrikarbeiter verheiratet, 1875 schon 88%. Die zunehmende Einbindung in die Familie scheint die Arbeiterbewegung eher gefördert als gehindert zu haben. Von 126 Arbeiterführern der 60er und 70er Jahre ließ sich der Familienstand feststellen. Nur 13 der 126 waren ledig, so Lassalle, Paul Singer und Bernhard Becker, der gesagt haben soll, daß ein Revolutionär nicht heiraten dürfe. Hundert der 113 waren verheiratet und hatten Kinder. Wenn Becker recht hat, verweist auch dies wie viele andere Indizien darauf, wie wenig revolutionär auch die junge Arbeiterbewegung war.

VI.

Ich möchte mit einer letzten Beobachtung schließen, die vielleicht eine Besonderheit der preußisch-deutschen Entwicklung ins Licht rückt und zeigt, daß man die entstehende Arbeiterbewegung in ihrer Form und Stärke nicht allzu ausschließlich aus den sozialen Folgen der Industrialisierung ableiten darf.

Vergleicht man mit den USA, mit England und Frankreich, dann fällt als Eigenart der deutschen Entwicklung auf, daß sich bei uns sehr früh eine beständige und schnell kraftvoll werdende Arbeiter*partei* herausbildete, sofort in der Entstehungsphase der Arbeiterbewegung, noch in der ersten Phase der Industrialisierung: 1863–1869–1875, das ist ja allgemein bekannt. Gustav Mayer hat dies klassisch behandelt, unter dem Titel „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie" (1912), und seitdem hat sich die Forschung immer wieder mit diesem Phänomen beschäftigt, das sich jedenfalls nach Frühzeitigkeit und Stärke, jedenfalls im westeuropäischen Vergleich, als Besonderheit Deutschlands erweist. Auf dem letzten deutschen Historikertag in Münster wurde dieses Thema von einer Sektion debattiert, die das preußische Rheinland, Württemberg, Deutsch-Österreich, Frankreich und England verglich. Die Ergebnisse waren komplex und entziehen sich einer kurzen Zusammenfassung. Nur ein oder zwei Punkte können hier hervorgehoben werden:

Sicher spielen sozialökonomische Faktoren eine gewisse Rolle, wenn man erklären will, warum sich in Deutschland so früh und klar eine selbständige *politische* Arbeiterbewegung herausbildete. Das im Vergleich zu Frankreich und England größere Tempo einer vergleichsweise spät startenden Industrialisierung spielte eine Rolle, das wird durch den regionalen Vergleich zwischen Rheinland und Württemberg durchaus bestätigt. Eine Rolle spielte wohl auch die bei uns im Vergleich zu Frankreich, im Rheinland im Vergleich zu Württemberg größere Bedeutung der Fabrikindustrie. Aber als entscheidender erwiesen sich soziopolitische Faktoren.

Es hing, vergleicht man mit Frankreich zum einen mit der relativen Schwäche des demokratisch-bürgerlichen Radikalismus in Deutschland auch auf Parteiebene zusammen, daß die sich umschauenden Arbeitervertreter der 60er Jahre bei den bürgerlich-demokratischen Parteien keinen lohnenden Bündnispartner sahen und sich lieber auf selbständig-politische Aktionen verließen. In gewisser Weise setzte die politische Arbeiterbewegung die Tradition der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen „Radikalismus" fort, der im Vergleich zu Frankreich jedenfalls im Norden Deutschlands schwach war und in den 60er Jahren endgültig durch Bismarcks Reichseinigungspolitik geschwächt wurde. Diese Schwäche der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen „radicalism" war in stärkerem Maße in Preußen, viel weniger in Württemberg gegeben, wo schon 1848 und wieder in den 1860er Jahren deutliche Ansätze zur Kooperation zwischen Arbeitervereinen und -Gewerkschaften einerseits, einer klassenübergreifenden demokratischen Volkspartei andererseits bestanden, also die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei in den 1860er Jahren regional-autonom noch in weiter Ferne lag. Es hing mit der Schwäche des bürgerlichen Liberalismus zusammen, der in England auf der Basis eines etablierten Nationalstaats und innerhalb eines sich allmählich demokratisierenden parlamentarischen Verfassungssystems agieren konnte, während sich die Liberalen in Preußen-Deutschland in den 60er Jahren mit einem *dreifachen* Problem *zugleich* konfrontiert sahen: mit dem Problem der Nationalstaatsbildung, mit der Kulmination eines Verfassungskonflikts und mit der Herausforderung der entstehenden gewerblichen Arbeiterklasse, als Folge der bereits voll in Schwung geratenen Industrialisierung. Durch diese Kumulation der Probleme und durch die Bismarcksche Art ihrer Lösung wurden die Liberalen stark gefordert, überfordert und als möglicher Bündnispartner der sich meldenden Arbeitervertretung geschwächt. Nich überall in Deutschland war das in gleichem Maße gegeben, südlich der Mainlinie und in Sachsen galt es weniger als in Preußen. Aber Württemberg lag in Deutschland, und Deutschland wurde unter preußischer Hegemonie geeinigt, von Preußen erobert, und das schlug durch. Die Versuche, die Arbeitervereine und -Gewerkschaften im überdies nur langsam industrialisierenden Württemberg bei der Fahne einer demokratischen Volkspartei zu halten, waren im Lande selbst nicht aussichtslos. Aber nach den Einigungserfolgen mit „Blut und Eisen", 1866 und 1870/71, hatten sie keine Chance mehr, setzte sich auch hier das von Preußen bestimmte Muster in den Grundlinien durch. Als dann die nationale Einigung unter obrigkeitsstaatlich-preußischem Vorzeichen erfolgte, teilweise gegen den Willen der sächsischen, süddeutschen und auch preußischen Demokraten, teilweise indem dieser nationale Erfolg von oben die demokratische Bewegung geradezu aufsaugte, geriet die Arbeiterbewegung, eben durch diese Form der Nationalstaatsbildung, ins nationale Abseits. Zwar wirkte in den folgenden Jahrzehnten der nationale Gedanke, der sich mächtig entfaltende deutsche Nationalstaat, auch kraftvoll auf die wachsende Arbeiterschaft ein, gewann er seine Legitimität auch in der Arbeiterklasse, wie sich im Juli/August 1914 deutlich zeigte. Aber die Arbeiterbewegung, die politischen Organisationen der Arbeiter, standen seit 1870/71 in deutlicher Spannung zum deutschen Nationalstaat. Die Feier des Sedantags boykottierten sie, lieber feierten sie den 18. März,

den Tag der Revolution von 1848 und den Tag der Commune 1871 in Paris, seit 1890 den 1. Mai. Und sie gewannen dafür Unterstützung ihrer Mitglieder.

Man sieht, die Ausprägung der politischen Arbeiterbewegung hing eng mit der Art zusammen, in der die nationale Frage gelöst worden war. Auf allgemeiner Ebene gesprochen, erwies sich als entscheidend, daß die drei großen Modernisierungsprobleme – Nationalstaatsbildung, Verfassungskonflikt und soziale Frage – in Deutschland in denselben Jahrzehnten auf die Tagesordnung der Geschichte gerieten und nicht in bequemen Abständen wie in Frankreich, England oder USA.

Weiterführende Literatur

Zur Industrialisierung: F.W. *Henning,* Die Industrialisierung in Deutschland 1800–1914, Paderborn 1973. – W. *Fischer,* Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972. – J. *Kocka,* u. B. *Mütter,* Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, München 1980 (mit weiterführender Literatur).

Zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung: W. *Conze* u. U. *Engelhardt* (Hrsg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten, Stuttgart 1979. – *Dies.* (Hrsg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1982. – *Dies.* (Hrsg.), Handwerkerschaft und Industrialisierung in Deutschland. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984. – D. *Langewiesche* u. K. *Schönhoven* (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Paderborn 1981 (mit guter Auswahlbibliographie). – J. *Kuczynski,* Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1–38, Berlin 1961–1972 (hiervon bes. Bd. 1–4: für Deutschland 1800 bis 1917/18). – J. *Kocka,* Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin/Bonn 1983. – G. *Mayer,* Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Frankfurt 1969 (darin S. 108–178: die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863–1870). – H. *Mommsen* (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974. – G.-A. *Ritter,* Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, Berlin/Bonn 1980. – J. *Kocka* (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, Frankreich und England im Vergleich, Göttingen 1983. – H. *Grebing,* Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966. – A. *Klönne,* Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf 1980.

Weitere Literatur: W. *Fischer* u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch I. Materialien zur Statistik des Deutschen Bundes 1815–1870, München 1982. – G. *Hohorst* u. a., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914, München 2. Aufl. 1978. – R. *Gömmel,* Realeinkommen in Deutschland. Ein internationaler Vergleich (1810–1914), Nürnberg 1979. – W. *Fischer,* Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen und Lösungsversuche der „Sozialen Frage" in Europa seit dem Mittelalter, Göttingen 1982. – H. *Kaelble,* Historische Mobilitätsforschung. Westeuropa und die USA im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1978. – *Ders.,* Industrialisierung und soziale Ungleichheit. Europa im 19. Jahrhundert, Göttingen 1983. – A. E. *Imhof,* Die gewonnenen Jahre. Von der Zunahme unserer Lebensspanne seit dreihundert Jahren..., München 1981. – D. *Crew,* Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt, Frankfurt 1980. – W. *Conze* u. a. (Hrsg.), Modernisierung und nationale Gesellschaft im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert. Referate einer deutsch-polnischen Historikerkonferenz, Berlin 1979. – Ch. *Kleßmann,* Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet, 1870–1945, Göttingen 1978. – W. *Dlugoborski,* Zur sozialgeschichtlichen Analyse der polnischen und der deutschen Gesellschaft 1831–1848, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1831–1848: Vormärz und Völkerfrühling. XI. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker vom 16. bis 21. Mai 1978 in Deidesheim (Rheinland-Pfalz), Braunschweig 1979, S. 181–189.